

18.7.1915

26

Die Sorgen des Einzelhandels.

Der vom Hansabund eingesetzte Zentralausschuß für die Gesamtinteressen des Deutschen Einzelhandels hielt heute (Montag) im Sitzungsaal des Hansabundes eine stark besuchte Tagung ab. Der Vorsitzende des Ausschusses, Eiseuführ, beschäftigte sich in einleitenden Worten mit den Angriffen, die man gegen den Handel in der Öffentlichkeit erhoben habe.

Abgesehen von Einzelercheinungen gewisser Geschäftsmacher habe der Handel sich von einer Uebervorteilung durchaus ferngehalten. Die öffentliche Meinung sei aber dennoch dem Handel nicht günstig gestimmt und darauf seien auch die Maßnahmen von Behörden zurückzuführen, die dem großen Publikum den Eindruck noch verstärken mußten, daß der Handel schuld an den Mißständen sei. In Wirklichkeit liege die Ursache dafür auf einem ganz anderen Gebiet. Die Aufgabe des Ausschusses sei nun, nachzuweisen, daß dem redlich vorwärts strebenden Handel eine Schuld nicht treffe. Der Ehrenschild des deutschen Kaufmanns ist fieslenlos und rein. Nachdrücklich verurteilt auch der Kaufmannsstand alle Verfehlungen Einzelner, die darauf ausgegangen sind, in wucherischer Weise Nutzen aus der Notlage der Zeit zu ziehen. Wir verlangen aber, daß diese unsere Haltung anerkannt wird und als selbstverständlich geachtet wird und daß man gegen uns nicht ungerechte Vorwürfe erhebt. Wir fassen unsere Bestrebungen zusammen in dem Ruf nach Gerechtigkeit. Neben diesen Aufgaben hielt der Ausschuß es auch für seine vornehmste Aufgabe, daran mitzuwirken, daß die unheilvollen Wunden, die der Krieg geschlagen hat, geheilt werden und er hat deshalb die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten Angestellten an die Spitze seiner diesmaligen Beratungen gestellt.

Der Geschäftsführer Zeiplin hob hervor, daß der Ausschuß in den Fragen der Lebensmittelteuerung, der Beschlagnahme und der Ausschaltung des Handels bei Kriegslieferungen nach Kräften bei den in Frage kommenden Ministerien und Behörden für die Interessen des Handels eingetreten sei. Leider sei man vielfach auf eine dem Handel zum mindesten gleichgültige, häufig aber auch feindliche Stimmung gestoßen. Es habe sich daher beim Hansabund ein neuer Großhandelsausschuß gebildet, der gemeinschaftlich mit dem Zentralausschuß für die Gesamtinteressen des Einzelhandels alle Fragen wahrnehmen soll, bei denen es sich um gemeinsame Standesinteressen, häufig auch um die Standeschre des Handelsstandes handle. Erfolge hat der Ausschuß bei der Preisprüfungsstelle gehabt, wo es ihm gelang, nachträglich noch als seinen Vertreter Professor Dr. Leidig hineinzubringen. Bei der Frage der Beschlagnahme gelang es ebenfalls, einiges zu erreichen. Der Redner schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß unter dem Zeichen des Burgfriedens die Grundlage geschaffen werden möchte für einen engeren Zusammenschluß und für ein besseres Verständnis zwischen den Interessen des Einzelhandels und der Konsumenten.

Als erster Redner behandelte Regierungsrat Prof. Dr. Leidig die Frage der Fürsorge für die aus dem Felde zurückkehrenden Inhaber von Detailgeschäften. Es handelt sich um das wichtige Problem, wie in verhältnismäßig kurzer Zeit die Millionen der heimkehrenden Krieger wieder in das Wirtschaftsleben hineingeführt werden können, ohne daß wirtschaftliche Störungen hervorgerufen und ohne daß der Einzelne unter Nachteilen zu leiden haben werde. Diese gewaltige Aufgabe kann nur durch ein Zusammenarbeiten aller Berufskörperschaften und mit Hilfe des deutschen Organisationstalentes gelöst werden.

Es komme in Frage, zu prüfen, ob das Geschäft, das vielfach unter dem Kriege schwer gelitten haben werde, auf gesunden Grundlagen aufgebaut sei. Bei zahlreichen anderen Kriegsteilnehmern sei aber die Notwendigkeit eingetreten, das Geschäft zu schließen. Hier handle es sich um den Wiederaufbau der Existenz. In

beiden Fällen werde die Öffentlichkeit helfen müssen. Leidig legte der Versammlung folgende Entschließung vor:

Für die aus dem Felde zurückkehrenden Inhaber von Kleinhandelsgeschäften wird in zahlreichen Fällen eine Fürsorge notwendig oder doch zweckmäßig sein. Die Fürsorge wird sich auf die Berufsberatung, in geeigneten Fällen auch auf Gewährung von billigem und bequemem Kredit zu erstrecken haben. Die Mithilfe der Gemeinden und des Staates wird erforderlich sein. In erster Linie ist diese Fürsorge aber eine vornehmliche Aufgabe der freien und gesetzlichen Organisationen des Handels. Als gesetzgeberische Fürsorgemaßnahme kann erwogen werden, während der Uebergangszeit nach dem Kriege die Neuerrichtung von Einzelhandelsgeschäften von der Bejahung des Bedürfnisses abhängig zu machen.

An diese Frage knüpfte sich eine längere Besprechung. — Schmersahl-Hamburg pflichtet Prof. Leidig darin bei, daß der Staat eingreifen müsse. Wenn der Kriegsteilnehmer sein Geschäft wiedereröffnen wolle, dann werde an ihn sofort die Frage nach flüssigen Geldmitteln herantreten, in erster Reihe die Frage der Mietzahlung. Auch darin habe Prof. Leidig recht, daß eine Gefahr der Ueberfüllung des Berufs zu befürchten sei. Von den bisher befragten Kriegsbeschädigten haben 90 Prozent geäußert, daß sie Beamte werden möchten, um lebenslanglich versorgt zu sein; die übrigen wollten Kaufleute werden. Die Aufmerksamkeit müsse auch auf die Konsumentenkonkurrenz gelenkt werden, die darauf hinziele, den Zwischenhandel auszuschalten. So habe sich ein Frauenbund für Konsumenteninteressen gebildet, der dieses Ziel verfolge. — Auch andere Redner äußerten sich ähnlich.